

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1035709.stroebele-geht-gegen-drohnen-vor.html>

17.12.2016

Ströbele geht gegen Drohnen vor

Grünen-Abgeordneter stellt Strafanzeige wegen Ramstein

Berlin. Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele hat Strafanzeige wegen der Nutzung des US-Militärstützpunkts Ramstein für Drohnenangriffe gestellt. In einem Schreiben bat er Generalbundesanwalt Peter Frank, ein Ermittlungsverfahren »gegen alle in Frage kommenden Tatverdächtigen aus den USA und Deutschland« einzuleiten. Ströbele ist der Auffassung, dass die Steuerung von Drohnenangriffen gegen Terrorverdächtige in Ländern wie Afghanistan, Pakistan oder Jemen gegen deutsches Recht verstößt.

Bereits vor drei Jahren hatte es erste Berichte über die Nutzung des US-Stützpunkts in Ramstein für die Einsätze der unbemannten Kampffjets gegeben. Die USA bestätigten das der Bundesregierung aber erst im September des laufenden Jahres. Die US-Streitkräfte nutzen Relaisstationen in Ramstein für die Weiterleitung von Signalen für die Drohnenangriffe. Ströbele hatte erst in dieser Woche bekannt gegeben, dass er bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr nicht mehr kandidieren wird. dpa/nd Seite 20

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1035656.im-kampf-gegen-die-windmuehlen.html>

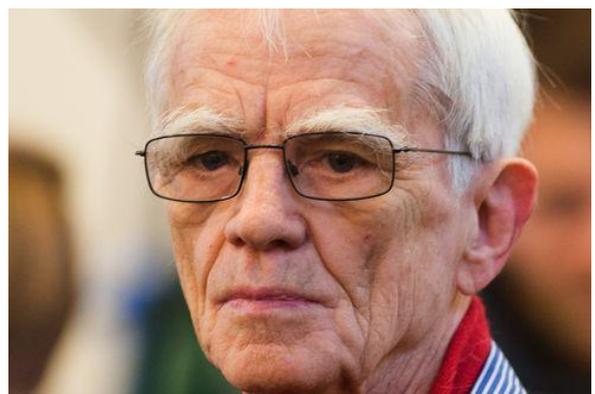
Von Aert van Riel

17.12.2016

Im Kampf gegen die Windmühlen

Hans-Christian Ströbele, eher linker Reformier als Revolutionär, verlässt den Bundestag.

Hans-Christian Ströbele ist nicht jemand, der seine letzten Monate im Bundestag einfach absitzen würde. Der Grünen-Politiker hat nun seine Ankündigung wahr gemacht und Anzeige erstattet, weil der US-Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz für Drohnenangriffe genutzt wird. In einem Schreiben forderte Ströbele den Generalbundesanwalt Peter Frank dazu auf, ein Ermittlungsverfahren »gegen alle in Frage kommenden Tatverdächtigen aus den USA und Deutschland« einzuleiten. Es geht um gezielte Tötungen von Terrorverdächtigen in zerfallenden Staaten Asiens und Afrikas, bei denen mit



Grüner der ersten Stunde: Hans-Christian Ströbele Foto: dpa/Klaus-Dietmar Gabbert

unbemannten Luftfahrzeugen auch immer wieder unschuldige Zivilisten getötet werden. Viele Rechtsexperten haben dargelegt, dass diese Praxis völkerrechtswidrig ist.

Auch Ströbele ist Jurist. Früher arbeitete er als Rechtsanwalt. Ende der 1960er Jahre gründete er mit Horst Mahler und Klaus Eschen das Sozialistische Anwaltskollektiv in Berlin. Ströbele verteidigte linke Aktivisten in der Bundesrepublik. Unter seinen Mandanten waren auch Mitglieder der RAF wie Andreas Baader. Damals wie heute bestimmte die Hoffnung, mit den im demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln mehr Gerechtigkeit zu erreichen, das Handeln Ströbeles. Oft war dies ein Kampf gegen Windmühlen. Dies galt insbesondere für seine Tätigkeit als Parlamentarier. Trotz seines Engagements konnte er in der Zeit, als Deutschland von Rot-Grün regiert wurde, beispielsweise den Sozialabbau und die Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Krieg gegen Jugoslawien nicht verhindern. Auch den Drohnenkrieg wird Ströbele mit seiner Anzeige aller Voraussicht nach nicht stoppen können.

Dass Ströbele stets für Fundamentalopposition stand, ist allerdings ein Mythos. Der gebürtige Hallenser stimmte vor 15 Jahren im Bundestag dafür, dass Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan geschickt wurden. Er ging damals davon aus, dass es sich um einen Friedenseinsatz handele und dass die UN damit gestärkt würden. Beides hat sich später als falsch herausgestellt und Ströbele seine Haltung revidiert.

Er war auch in jüngeren Jahren eher ein Reformier als ein Revolutionär. Anstatt sich den K-Gruppen anzuschließen, die in seinem Umfeld sehr beliebt waren, wurde Ströbele 1970 Mitglied der SPD. Fünf Jahre später schloss ihn die Partei wegen seiner positiven Äußerungen über die RAF aus. 1990 sprach sich Ströbele zudem dafür aus, dass die Grünen in Berlin eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen sollten.

Der Zeitgeist hat sich seitdem geändert. Ströbele, der sich im Bund eine Zusammenarbeit der Grünen mit der Linkspartei gut vorstellen kann, gilt für viele Grüne zuweilen als radikal. Manche Parteikollegen bedauern seinen Abgang, vor allem die Realos atmen hingegen erleichtert auf. Ströbeles Entscheidung, im kommenden Jahr nicht noch einmal in seinem Berliner Wahlkreis anzutreten, ist durchaus nachvollziehbar. Er wäre dann 78, am Ende der Legislaturperiode 82 Jahre alt.

Seit einigen Jahren hat Ströbele, der einst stellvertretender Fraktionschef und Bundesvorsandssprecher der Grünen war, kein wichtiges Amt mehr inne. Als langjähriges Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) hat er sich vor allem auf die Beobachtung von Geheimdiensttätigkeiten spezialisiert. Leicht wurde ihm das nicht gemacht. Die Sitzungen des PKGr sind geheim und den Mitgliedern werden offensichtlich nicht selten wichtige Informationen vorenthalten. Einen Coup landete Ströbele jedoch, als es ihm im Herbst 2013 gemeinsam mit zwei Journalisten gelang, den früheren CIA-Mitarbeiter Edward Snowden in Moskau zu treffen. Snowdens Enthüllungen hatten die maßlose Überwachungspraxis der USA offengelegt. Ströbeles Hoffnung, dass der Whistleblower eine Aufenthaltsberechtigung in Deutschland erhalten könnte, hat sich bislang nicht erfüllt. Vermutlich lebt er in Russland ohnehin sicherer.

Ströbeles grüner Nachfolger oder seine Nachfolgerin tritt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost in große Fußstapfen. Dass der Grüne dort viermal hintereinander das Direktmandat geholt hat, hängt mit persönlichen Sympathien zusammen. Anders als viele seiner Weggefährten ist Ströbele seinen Überzeugungen weitgehend treu geblieben und nicht nach rechts oder in die politische Mitte abgedriftet. Zu seiner Beliebtheit in der linksalternativ geprägten Gegend trugen seine Fahrradfahrten am Rande von Demonstrationen und die vom Künstler und Comiczeichner Gerhard Seyfried gestalteten Wahlplakate bei. Dass der Mitgründer der »tageszeitung« gar nicht im Szeneviertel wohnt, sondern im Stadtteil Moabit, spielte für seine Unterstützer keine Rolle.

Ströbele ist von vielen Menschen unterstützt worden, die insgesamt mit der Bundespolitik der Grünen nicht zufrieden waren und mit ihrer Zweitstimme die Linkspartei oder die SPD gewählt haben. Ströbele weiß das und hat seine Rolle als Parteirebell oft betont. In den Bundestagswahlkampf 2002 war er mit dem Slogan »Ströbele wählen heißt Fischer quälen« gezogen. Eine ähnliche Kampagne wäre heute undenkbar. Ohne ihn wird die Bundestagsfraktion der Grünen noch braver sein als bisher.